



**Schwerpunkt**  
**Grüne Unternehmer und**  
**Unternehmerinnen**

**Verbandsbeschwerderecht**  
**Nein zur Initiative – kein**  
**Kahlschlag im Naturschutz**

Editorial

## Grüne UnternehmerInnen

**Einen habe ich gefunden, der für die Grünen im Jahr 2007 für den Kantonsrat kandidierte. Die bürgerlichen Parteien haben sie im Dutzend: UnternehmerInnen. Die ideale Marktwirtschaft baut auf die Innovation und die Risikobereitschaft dieser Leute. Immer noch rät man Arbeitsuchenden, UnternehmerIn zu werden und sich selbstständig zu machen. In der Entwicklungszusammenarbeit wird mit einem Kleinkredit vor allem den Frauen ermöglicht, ein eigenes Geschäft zu gründen und so den Weg aus der Armut zu finden.**

Es gibt sie, die erfolgreichen grünen UnternehmerInnen. Zum Beispiel Maja Probst Helfenstein, die den Hofladen als wichtigen Betriebszweig ihres Bauernhofs führt. Oder Peter Schlauffer, der uns eine besondere Freude bereitet hat, weil seine Firma BE Netz AG mit dem Zentralschweizer Neuunternehmer-Preis ausgezeichnet wurde. Ein weiterer erfolgreicher grüner Unternehmer ist Patrick Steiner, der Parkett- und Malerarbeiten anbietet.

Diese UnternehmerInnen lassen sich nicht nur von den marktwirtschaftlichen Indikatoren <effizient>

und <effektiv>, sondern neben dem Indikator <sozial- und ausbildungsfreundlich> ganz stark auch vom Indikator <ökologisch> leiten. Alle Indikatoren werden von grünen UnternehmerInnen gleich stark gewichtet. Leider hat die Ökologie bei vielen UnternehmerInnen kaum Bedeutung. Die Ökologie wird nur dann wahrgenommen, wenn der Staat Vorgaben macht, um die das Ökosystem schädigenden Externalitäten (Abwasser, Abluft, Abwärme, Abfall) zu reduzieren. Der Markt beeinflusst zwar effektives und effizientes Handeln, da die Kundschaft nach Qualität und Preis auswählt. Unsere Erde hat diese Möglichkeit aber nicht. Leider vollzieht sich der Umstieg der liberalen Marktwirtschaft auf ökologischere Produktion viel zu langsam da freiwillig und deshalb sind klare Positionen grüner UnternehmerInnen in der Politik so wichtig: Sie zeigen, dass Alternativen möglich sind und Erfolg haben.



Monique Frey  
Co-Präsidentin Grüne Luzern  
Emmen

*Die stolzen Gewinner des 15. Neuunternehmer-Preises der Gewerbe-Treuhand Luzern:  
(von links) Adrian Kottmann, Peter Schlauffer (Foto: apimedia).*



Zentralschweizer Neuunternehmer-Preis 2008

## «Freude und etwas Genugtuung»

**Der BE Netz AG wurde kürzlich der Zentralschweizer Neuunternehmer-Preis verliehen. Zusammen mit Adrian Kottmann hat Peter Schlaufer 2004 diese Unternehmung gegründet. Peter ist Mitglied der Grünen und hat sich stark für die kantonale Initiative «Weg vom Öl» engagiert.**

*Peter, was bietet deine Firma an?*

Unsere Firma hat sich spezialisiert auf erneuerbare Energien. Dabei bieten wir die gesamte Palette von Leistungen an: Wir beraten Kunden, planen und bauen Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien. Die Solaranlagen stehen im Vordergrund, also Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme. Ein weiterer Schwerpunkt in der Haustechnik ist der Bau von Wärmeerzeugungsanlagen mit erneuerbaren Energien, d.h. Pelletsheizanlagen und Wärmepumpen zur Nutzung der Erdwärme.

*Warum wurde deiner Firma der Zentralschweizer Neuunternehmer-Preis verliehen?*

Wir haben uns seit unserer Gründung auf die erneuerbaren Energien konzentriert und diese nicht nur «so nebenbei auch noch gemacht». Vor allem am Anfang war das nicht ganz leicht, weil der Markt damals noch bedeutend kleiner war.

*Was bedeutet der Preis für deine Firma?*

Zunächst einmal sind wir natürlich mächtig stolz, dass wir diesen Preis in einem Umfeld von anderen, ebenfalls sehr potenten Firmen gewonnen haben. Der Preis macht Freude und ist etwas Ge-

nugtuung, dass das Thema erneuerbare Energien in breiteren Kreisen salonfähig geworden ist, nach einer langen Zeit, in der Adrian Kottmann und ich bereits auf diesem Gebiet tätig sind.

*Wie ist der Markt für Anlagen mit erneuerbarer Energie in der Schweiz?*

In der Schweiz ist der Markt für erneuerbare Energien im Vergleich mit fast allen Ländern des europäischen Auslandes nach wie vor unterentwickelt. Langsam, aber wirklich nur langsam, beginnt sich das Blatt zu wenden. Was in der Schweiz immer noch fehlt, ist eine klare positive Haltung der Politik zu einer nachhaltigen Energiepolitik. – Was den Markt anbelangt, hat natürlich die Erhöhung der Energiepreise einiges ausgelöst.

*Du bietest auch Beratungen und Sanierungen an. Wie gross ist das Interesse daran?*

In jüngster Zeit mussten wir uns bei den Beratungen wegen der vielen Aufträge für den Bau von Anlagen notgedrungen etwas zurückhalten. Beratungen wären sehr wichtig, weil es klar ist, dass vor allem Energie, die erst gar nicht verbraucht wird, das Nachhaltigste ist.

*Wie müsste man die Rahmenbedingungen ändern, um die erneuerbaren Energien mehr zu fördern?*

Die industrialisierte Welt hat sich in den vergangenen hundert Jahren wegen zu günstiger Preise für die fossilen Energien in eine enorme Abhängigkeit manövriert. Ohne Öl geht schlicht nichts. Langsam ist aber der Traum vom billigen Öl zu Ende geträumt. Dennoch drehen die Politiker an der Macht die Steuer immer noch nicht in eine andere Richtung. Die Kostenwahrheit wird es wohl trotz der gestiegenen Energiepreise noch lange nicht geben. Hier wäre es wichtig, dass diese Kostenwahrheit mit Lenkungsmaßnahmen herbeigeführt würde. Eine Änderung des Verhaltens würde sich dann schnell einstellen.

*Was sind deine Zukunftspläne mit der Firma?*

Es gefällt uns auf dem Platz Luzern. Wir wollen eine mittlere Firma im Bereich der erneuerbaren Energien bleiben und uns dabei vor allem auf den Bau von Solaranlagen konzentrieren. In der Haustechnik setzen wir auf Pelletskessel und die Nutzung der Erdwärme mit Wärmepumpen in Kombination mit Solaranlagen für Strom und Wärme.

*(Das Interview wurde schriftlich geführt.)*



*Elisabeth Germann  
Mitglied kantonalen Vorstand  
Luzern*



Franz und Maya Helfenstein Probst

## Bio ist nicht gleich Bio

**Inmitten grosser Industriebetriebe, auf der Höhe der RUAG Aerospace, liegt der Hof von Maya und Franz Helfenstein Probst. Lange bevor der Begriff Bio in aller Munde war, entschieden sich die beiden, ihren Landwirtschaftsbetrieb unter Einhaltung der Richtlinien der Bio Suisse zu bewirtschaften.**

Prächtiges Herbstwetter an einem Freitagnachmittag, reges Treiben vor dem Hofladen: spielende Kinder und Erwachsene, die im Hofladen einkaufen. Vornehmlich mit dem Fahrrad ausgerüstet und aus der Umgebung kommend. Es wird diskutiert, probiert und gekauft, das Ganze in einer entspannten und fast familiären Atmosphäre.

### Die mit der Knospe

Die Grossverteiler mischen kräftig mit im Bio-Segment. Dabei verwenden sie das Wort Bio nicht nur, um über Anbau und Herkunft eines Produkts zu informieren, sondern auch für Marketingzwecke. Als KonsumentIn ist es auch im Bereich Bio ein schwieriges Unterfangen, den Überblick zu behalten. Bei Bio-Produkten ist die Saisonalität gegenüber der ganzjährigen Verfügbarkeit oft zweitrangig, ein Kriterium, das bei Knospe-Produkten höher gewichtet wird.

Bio Suisse, die Dachorganisation der Bio-Landbauern, erlässt dazu Richtlinien für die Erzeugung, Verarbeitung und den Handel von Knospe-Produkten. Natürlich sind auch «normale» Bio-Produkte ein Schritt in die richtige Richtung. Einen Schritt weiter geht die kurze und prägnante Formel der Biolandbauern: bio + regional = klimaoptional.

### Biohof Emmen

Von weitem erkennbar ist der Hof der Helfensteins an der Photovoltaikanlage auf dem Scheunendach und den Sonnenkollektoren auf dem Wohnhaus. Die Sonnenkollektoren liefern warmes Wasser, die Photovoltaikanlage dient zur Stromerzeugung. Der Hofladen ist in finanzieller Hinsicht kein grosses Standbein, trotzdem ist er für Maya nicht mehr wegzudenken. Vorrangig geht es ihr um die Kontaktpflege mit der grossen Stammkundschaft aus der Nachbarschaft. Es gilt: Qualität vor Quantität, Ausnahmen sind wie überall möglich, genauso gibt es aber auch Grundsätze, die nicht verhandelbar sind.

### Vision von biologischem Anbau

Ausgangspunkt ihrer Arbeit ist der Anspruch, Nährstoff- und Energiekreisläufe unter Berücksichtigung eines ökologischen Umgangs mit Boden und Tier zu schliessen. Im Kleinen: die unerwünschten Schnecken im Garten an das Hofschwein verfüttern. Im Grossen: den erzeugten Strom der Photovoltaikanlage für die tägliche Arbeit einsetzen oder eine Plattform aufbauen, welche den Biobauern in der Region ermöglicht, ihre Produkte den Läden und Gastrobetrieben im Raum Luzern anzubieten. An Ideen mangelt es nicht. Das ganze Projekt Biohof war in den Anfängen eine Vision in den Köpfen, inzwischen ist daraus eine Realität geworden – eine gelebte Realität, in der wieder neue Ideen angegangen werden.

Nicht nur bei der Reussbrücke trifft man auf verbreiterte Velowege und Holzskulpturen, die einen Zwischenhalt mehr als rechtfertigen. Der Biohof der Helfensteins lohnt einen Besuch. Wenn man Glück hat, gibt es frisches Brot, das Pflanzenlabyrinth steht jederzeit für einen Besuch offen und kann auch als Meditationsweg benutzt werden. Auf jeden Fall ist Emmen mehr als Flugzeuglärm und Verkehrschaos.

Informationen unter: [www.emmer-biohof.ch](http://www.emmer-biohof.ch)



Christian Fischer  
Sekretär Grüne Luzern  
Emmen



Der Unternehmer Patrick Steiner

## Angenehmes Wohnklima schaffen

Zu einem guten und gesunden Wohnklima gehört vieles: eine lärmfreie Wohnlage, Möbel, die einem zusagen, und gute Beziehungen zu den Nachbarinnen und Nachbarn. Ebenso wichtig sind die Materialien, die bei einem Hausbau oder -umbau verwendet werden. Vor 14 Jahren hat sich Patrick Steiner auf Parkett- und Malerarbeiten spezialisiert. Wann immer möglich, verwendet er ökologisch verträgliche Produkte, Parkett aus nachhaltiger Forstwirtschaft und lösungsmittel-freie Farben und Klebstoffe, die für ein optimales Wohnklima sorgen.

*Wenn ein Kunde zu dir kommt und wünscht, dass du seine Wohnung oder sein Haus renovierst, welche Kriterien sind für dich wichtig? Wie läuft die Beratung ab?*

Am Anfang jedes Auftrages steht eine kompetente Beratung vor Ort. Zum einen ist es mir wichtig, auf die Kundin oder den Kunden eingehen zu können, und zum anderen müssen die Begebenheiten vor Ort unbedingt miteinbezogen werden. So kann ich mir ein Bild machen und die Bauherrschaft über allfällige auf sie zukommende Einschränkungen während der Umbauphase informieren.

Mir ist auch wichtig, dass das Arbeiten mit ökologisch verträglichen Produkten nicht diesen «Müsli-Groove» hat, sondern ästhetisch sehr viele Möglichkeiten bietet. Aus dieser Beratung und aufgrund von allfälligen Abklärungen mit Spezialisten resultiert dann eine detaillierte Offerte, die – wenn gewünscht – verschiedene Möglichkeiten aufzeigt.

*Du hast den Auftrag erhalten. Was sind nun die nächsten Schritte, die du unternimmst? Habt ihr im Betrieb eine bestimmte Arbeitsteilung?*

Eine gute, sorgfältige Planung ist das A und O bei einem Auftrag. Das ist bei Parkett- und Malerarbeiten gleichermassen wichtig. Meine Kunden schätzen sehr, dass sie sich bei uns nicht nur auf einwandfreie Qualität, sondern auch auf termin-gerechte Ausführung verlassen können. Des Weiteren lege ich grossen Wert auf die Einhaltung der offerierten Preise, dabei hilft mir meine grosse Erfahrung.

Da meine Mitarbeitenden zum Teil Teilzeit arbeiten, obliegt mir die ganze Disposition und Koordination. Ich organisiere zum Beispiel das Material und die Bewilligungen und stelle sozusagen die Mise-en-place für meine Mitarbeitenden bereit. Im Moment sind wir vier Mitarbeitende im Betrieb. Bei grösseren Aufträgen kann ich auf ein gutes Netzwerk von gelernten regionalen Handwerkskollegen zurückgreifen.



Weitere Informationen unter:  
[www.patricksteiner.ch](http://www.patricksteiner.ch)

*(Das Interview wurde schriftlich geführt.)*



Heinz Bähler  
Mitglied RundBrief-Redaktion  
Luzern

Abstimmung vom 30. November 2008

## Die Beschwerden der FDP

**Die FDP will das Verbandsbeschwerderecht abschaffen. Geschlossen tritt sie dabei nicht auf – ein ansehnlicher Teil der Partei ist gegen die eigene Initiative. Mit gutem Grund.**

Hat ein Parlament oder das Volk über ein Bauprojekt abgestimmt, so sollen nach dem Willen der FDP Verbände keine Beschwerden mehr einreichen können. Dies würde die Möglichkeiten der Umweltverbände stark einschränken, Verbesserungen an Projekten zu erreichen. Ausgelöst wurde die Initiative durch die Beschwerden des VCS gegen das neue Hardturm-Fussballstadion. Damals ging ein richtiges VCS-Bashing los, das auch im Kanton Luzern spürbar wurde: Jede Kritik des VCS am IKEA-Neubau in Rothenburg begleitete die Neue LZ mit entrüsteten Kommentaren – ihnen war es jeweils ziemlich egal, ob Umweltauflagen eingehalten wurden oder nicht.

### Umweltauflagen werden zu wenig ernst genommen

Halten wir fest: Würden die Auflagen im Umweltbereich bei Bauprojekten immer eingehalten, so wären alle Verbandsbeschwerden hinfällig. Leider zeigt aber die hohe Erfolgsquote von Verbandsbeschwerden, dass die Gemeinden und Kantone nur zu oft bei Grossprojekten beide Augen zudrücken. Niemand will als Wirtschaftsverhinderer dastehen. Leider scheint auch oft durch, dass die Behördenvertreter selbst die bestehenden Auflagen eher als lästig empfinden. Etwa, wenn Ämter darauf hinweisen, sie seien Baubehörden und nicht Bauverhinderungsbehörden. So werden Umweltauflagen unterlaufen, zu wenig ernst genommen oder willentlich verletzt.

Weiter gilt festzuhalten: Die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts bringt meist keine schnellere Realisierung von Projekten. Denn parallel laufen fast immer Einsprachen von Privaten. Und dies

nicht in kleiner Anzahl: Letztlich sind meist sie für Bauverzögerungen verantwortlich. Die FDP-Initiative hatte aber nicht den Mut, hier anzusetzen. Wohl mit gutem Grund: Ist es doch ihre Klientel, die «Hüslibesitzer», die in vielen Fällen Einsprache erheben.

### Verbesserung, nicht Verhinderung

Die FDP schwingt mit ihrer Initiative die Demokratiekeule. Was vom Volk beschlossen sei, müsse auch gebaut werden dürfen. Das klingt verdächtig ähnlich wie die SVP-Argumentation zur Einbürgerungsinitiative. Auch ein Bau, der vom Volk oder von einem Parlament beschlossen wurde, kann gegen Umweltauflagen verstossen, darum muss er überprüft werden können. Verbandsbeschwerden zielen häufig auch nicht auf die Verhinderung eines Baus, sondern auf dessen Verbesserung.

Das haben inzwischen auch viele Bürgerliche gemerkt. Die CVP lehnt die Initiative ab, und selbst die FDP ist gespalten. Viele ihrer Mitglieder sagen Nein zu dieser faktischen Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts. Einerseits, weil sie selber in Verbänden tätig sind, und andererseits, weil es ihnen dämmert, dass sich die FDP mit solchen Initiativen nicht als moderne Partei mit ökologischer Ader positionieren kann. Es ist zu hoffen, dass die Initiative wuchtig abgelehnt wird.



Michael Töngi  
Kantonsrat Grüne  
Kriens

**Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht»**

**Parole: NEIN**



# BE | NETZ

Bau und Energie

Photovoltaik  
Thermische Solaranlagen  
Pelletsheizungen  
Haustechnik

BE Netz AG  
Bernstr. 57a  
CH-6003 Luzern  
www.benetz.ch  
info@benetz.ch  
Tel 041 410 40 70

Initiative «für ein flexibles AHV-Alter»

## Mehr Gerechtigkeit für Fr. 6.50 im Monat

**Am 30. November stimmen wir über die eidgenössische Volksinitiative «für ein flexibles AHV-Alter» ab. Sie bringt mehr soziale Gerechtigkeit für mittlere und untere Einkommen. Die Lösung ist günstig, gerecht und modern.**

Das flexible AHV-Alter ist wichtig und kein Luxus. Dem trägt die Initiative der Gewerkschaften Rechnung:

- Wer ab 62 die Erwerbstätigkeit aufgibt, kann mit voller Rente in Pension gehen.
- Alle Einkommen bis 119'340 Franken erhalten die ungekürzte AHV-Rente.
- Teilrenten ermöglichen den schrittweisen Rückzug aus dem Erwerbsleben.
- Das Rentenalter 65, ab dem alle die AHV-Rente bekommen, wird in der Verfassung verankert.

Heute können sich vor allem die Angehörigen der Hochlohnbranchen eine vorzeitige Pensionierung leisten. Bei Banken und Versicherungen liegt die Quote bei über 50 Prozent. Mit Annahme der Initiative würde es für alle möglich, vor 65 in Pension zu gehen, auch für das Service-Personal, Krankenpfleger und Handwerkerinnen.

### Günstige Lösung

Private Versicherungen bieten in ihren Inseraten Lösungen für die Frühpensionierung an. Solche Lösungen sind teuer. Auch das für alle geltende flexible AHV-Alter ist nicht gratis, allerdings kostet es ein Vielfaches weniger. Im Durchschnitt müssen die Erwerbstätigen 6.50 Franken pro Monat aufwenden – weniger als zwei Café crème im Restaurant. Als Belohnung winkt die Möglichkeit, ab 62 Jahren ohne Rentenkürzung in Pension gehen zu können. Thomas Daum, Direktor des Arbeitgeberverbandes: «Bezüger von mittleren Einkommen erhalten eine gute Rente viel günstiger, als dies in der Lebensversicherung der Fall wäre.»

Diese Rechnung geht davon aus, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Frühpensionierung zahlen und je 1,5 Lohnpromille zur Finanzierung beisteuern. Das heisst: Die AHV würde damit überhaupt nicht belastet. Wenn der Bund seinen Anteil an die AHV auch auf das flexible Rentenalter ausdehnt, bleiben noch 0,24 Lohnprozente für die Sozialpartner, das sind je 1,2 Lohnpromille oder eben 6 Franken 50 Rappen im Monat für den Einzelnen.

### Heuchelei der Arbeitgeber

Arbeitgeber behaupten, die Wirtschaft brauche jetzt die älteren Arbeitnehmer. Die Realität sieht jedoch anders aus. Seit den 1990er Jahren nimmt die Zahl der im Erwerbsleben stehenden 60- bis 64-Jährigen ab. Heute hat noch rund die Hälfte

von ihnen eine Stelle. Bei den Neueinstellungen müssten die über 50-Jährigen eigentlich zwischen 10 und 20 Prozent ausmachen, tatsächlich sind es nur 2 bis 4 Prozent.

**Ja**  
zur Initiative  
für ein flexibles AHV-Alter  
am 30. November 2008

**Flexibles  
AHV-Alter!**

**„Gerecht, modern und günstig –  
Endlich das flexible AHV-Alter für alle!“**

Luzerner Komitee „Ja zum flexiblen AHV-Alter“, [www.ahv-online.ch](http://www.ahv-online.ch)

Im Kanton Luzern findet die Initiative wie in anderen Kantonen breite Unterstützung. Mit uns Grünen sind alle Verbände der Arbeitnehmenden dafür! Die Leute haben gemerkt, dass die AHV seit Jahren hohe Überschüsse erzielt. Tatsächlich beträgt der Unterschied zwischen den überpessimistischen Prognosen des Bundesrates und den realen Abschlüssen seit 2001 über 20 Milliarden Franken (vgl. Rundbrief 4/08). Diese Schwarzmalerei gründet einerseits auf Rechenfehlern, andererseits aber auch auf politischer Absicht. Tatsache ist: Die AHV steht auf einem soliden Fundament und ist finanziell kerngesund.



Louis Schelbert  
Nationalrat Grüne  
Luzern

Volksinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter»

**Parole: JA**

Teilrevision Betäubungsmittelgesetz

## Erfolgsmodell gesetzlich verankern

**Mit der Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes soll diejenige Drogenpolitik gesetzlich verankert werden, die in vielen Städten und Kantonen bereits praktiziert wird. Die Revision wurde vom Ständerat einstimmig angenommen. Weil EDU und SVP jedoch das Referendum ergriffen haben, stimmen wir am 30. November darüber ab.**

Platzspitz, Letten und Kocherpark sind noch vielen von uns ein Begriff. Vor allem auch linke Politikerinnen haben dazu beigetragen, die nur auf Repression basierende Drogenpolitik der frühen 90er Jahre umzudrehen und die vier Säulen Prävention, Therapie, Schadenminderung und heroingestützte Behandlung zu etablieren. So hat die Schweiz ein auch international stark beachtetes Erfolgsmodell geschaffen.

Das Gesetz (Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe) regelt das Zusammenspiel von medizinischen, polizeilichen und sozialarbeiterischen Massnahmen rund um die Drogensucht. Ein breites Therapieangebot bietet Betroffenen nachhaltige Hilfe, und die heroingestützte Behandlung wird gesetzlich verankert. Niederschwellige Angebote der Schadenminderung helfen den Betroffenen, sie verhindern offene Drogenszenen und entlasten den öffentlichen Raum sowie die Polizei. Die gezielte Früherkennung soll Abhängigkeiten besonders bei Kindern und Ju-

gendlichen verhindern. Die Vier-Säulen-Politik fordert aber auch eine härtere Bestrafung vor allem bei Abgabe und Verkauf von Betäubungsmitteln an unter 18-Jährige und in der Nähe von Schulen.

Mit diesem Gesetz anerkennen auch viele Bürgerliche, dass man nicht einfach durch Repression alles verbieten kann, was nicht sein soll (siehe die schlechten Beispiele wie Wegweisungsartikel und Konkordat über Massnahmen bei Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen). Mit einem deutlichen Ja Ende November hoffen wir Grünen, diese seit Jahren anstehende Revision endlich erfolgreich abschliessen zu können und damit im Gesetz zu verankern, was sich in der Praxis bewährt hat.



*Monique Frey  
Co-Präsidentin Grüne Luzern  
Emmen*

**Änderung vom 20. März 2008 des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz)**

**Parole: JA**



## Hanf-Initiative

## Straffreier Eigenkonsum von Hanf

**Die Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» fordert, dass der Hanf-Konsum für Erwachsene legalisiert und der Handel unter strengen Auflagen erlaubt wird. Dabei soll dem Jugendschutz Rechnung getragen werden.**

Mit dieser Initiative wird ein Kompromiss vorgeschlagen zwischen völliger Freigabe und rigorosem Verbot. So ist der Hanfkonsum zum Beispiel weiterhin für unter 18-Jährige strafbar. Erwachsene aber können Hanf für den Eigenkonsum straffrei erwerben und anbauen. Auch der Anbau in der Landwirtschaft wäre unter klaren Vorgaben möglich, und Hanf könnte als Medizinalpflanze wieder den ihm gebührenden Platz in der Gesundheitspflege einnehmen. Ein wichtiges Argument

für die Initiative ist auch, dass das Geschäft für die Drogen-Mafia nicht mehr lukrativ ist und der Schwarzmarkt damit wohl verschwindet.



Monique Frey  
Co-Präsidentin Grüne Luzern  
Emmen

**Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz»**

**Parole: JA**

## Hanf-Initiative

## Feu vert oder Green Fire?

**Den Grünen vom Hanf zu erzählen, das sei wie dem Bäcker vom Brot: Gras und Grüne gehörten zusammen wie Schmid und sein Schnauz. Kein Grüner, der in wilder Jugend nicht mindestens einmal bekifft vor den Bullen geflohen – so das Klischee. Darum, so spotten die Spötter, seien die Grünen fürs Kiffen. Der Autor bekennt: er, grün, 28, NK (Nicht-Kiffer) – und dennoch für die Hanf-Initiative.**

Noch erinnert sich Luzern an die Aktion «Green Fire»: Konzentriert zogen die Strafverfolgungsbehörden in den Kampf gegen den Hanf. Der Sheriff sorgte in Bruch- und Baselstrasse für Law-and-order, indem er den Hanfläden den Riegel schob und sämtliche Indoorzuchtanlagen ans Tageslicht beförderte. Das Einzige, was nach «Green Fire» noch öffentlich rauchte, war des Sheriffs Colt.

### Label Kriminalität

Mittlerweile hat sich der Pulverdampf verzogen. Die Prozesse sind vorbei, die Strafen meist verbüsst, doch der Luzerner Öffentlichkeit wurde nachhaltig demonstriert, dass, wer kiffte ein Drogenkrimineller ist. Doch was ist eigentlich kriminell? In Gary, Indiana: innerhalb von vier Stunden nach dem Verzehr von Knoblauch ein Kino zu besuchen. In Singapur: Kaugummis auf den Boden zu spucken. In Bern: Als Lederjackenträger mit anderen Lederjackenträgern im Bahnhof Dosenbier zu trinken. Kriminell ist nicht, was die Natur, sondern was der Mensch bestimmt.

### Das Paradox von Verbot und Freiheit

Verbote, so ist man sich einig, dienen dem Schutz der Freiheit. Die Freiheit des einen kann nur soweit gehen, wie sie die Freiheit der anderen nicht bedroht – ein Verbot bewirkt, dass die Grenze nicht überschritten wird. Sozialschädliches Verhalten soll verboten sein.

Ist Kiffen sozialschädlich? Vielleicht. Aber Alkoholtrinken ist es auch. Deshalb gab es Zeiten, zu denen es verboten war (Stichwort Prohibition). Anderswo ist das Trinken sehr erschwert, heute etwa in Skandinavien. Aber: Zur Zeit der Prohibition wurde nicht weniger getrunken, sondern heimlich und illegal. Ein Schmuggelmarkt entstand. Und zahlreiche Skandinavier haben heute keine Alkoholgenusskultur. Sie kennen den Unterschied zwischen Trinken und Saufen nicht.

Ein Verbot kann sozialschädlicher sein als kein Verbot. So dürfte die Lage beim Kiffen sein. Wer im November Ja stimmt, sagt nicht: «Lasset uns kiffen!», sondern er sagt: «Die Prohibition verfehlt ihr Ziel!» Ein Feu vert für den Hanf ermöglicht es, den Konsum aus der Unterwelt zu holen, ihn zu regeln und zu kontrollieren. Das nützt mehr als «Green Fire».



Christian Sager  
Luzern

Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern

## Initiative ist abzulehnen

**Am 1. März 2006 hat der Verein Marche Blanche eine Volksinitiative mit der Forderung eingereicht, dass für sexuelle Straftaten an Kindern vor der Pubertät keine Verjährungsfrist mehr gelten soll. Hauptziel der Initiative ist es also, den Schutz von Kindern vor sexuellen Übergriffen im Allgemeinen zu verbessern. Wir Grüne empfehlen die Initiative zur Ablehnung.**

Die Initiative will dafür sorgen, dass die Opfer pornografischer Straftaten auch dann noch strafrechtlich gegen Täter vorgehen können, wenn sie ihrem Peiniger entronnen sind, das Erlittene verarbeitet haben und in Ruhe darüber entscheiden können, ob sie die Strafanzeige einreichen wollen oder nicht. Dies klingt einleuchtend, dennoch hat die Initiative einige problematische Aspekte.

### Unklare Begriffe

Einerseits sind die Begriffe, die im Initiativtext verwendet werden, unklar. Die Pubertät ist nicht ein bestimmter Zeitraum, der bei allen Jugendlichen im gleichen Alter beginnt und einige Jahre später wieder endet. Der Begriff *pornografische Straftat* könnte auf alle Straftaten gemäss Artikel 197 StGB bezogen werden. In diesem Fall wäre beispielsweise auch der blosse Besitz von hartem pornografischen Material lebenslanglich strafrechtlich verfolgbar, was sicher nicht angemessen wäre. Zudem macht die Initiative keinen Unterschied zwischen erwachsenen und minderjährigen Tätern.

Ein weiterer wichtiger Grund zur Ablehnung dieser Initiative ist die Tatsache, dass die Unverjährbarkeit im schweizerischen Recht heute allein für schwerste Taten wie Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und terroristische Handlungen gilt. Auch wenn sexuelle Straftaten an Kindern abscheulich sind, wäre es im Gesamtkontext der Gesetzgebung unverhältnismässig, sie auf die gleiche Stufe zu stellen. Zudem ist eine Beweisführung umso schwieriger, je länger eine Tat zurückliegt. Viele Anzeigen würden so aufgrund mangelnder Beweise wieder eingestellt, was sicher auch nicht im Sinn der InitiantInnen wäre.

### Gegenvorschlag des Bundesrats

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Der Bundesrat macht aber einen Gegenvorschlag: In Bezug auf mündige Täter soll die Verfolgungsverjährung erst zu laufen beginnen, wenn die (minderjährigen) Opfer von sexuellen Delikten oder schweren Gewaltdelikten volljährig werden. Das heisst, dass zum Zeitpunkt der Tat minderjährige Opfer künftig bis zum Alter von 33 Jahren Strafanzeige einreichen können. Heute beginnt die Verjährungsfrist zum Zeitpunkt der Tat. In Bezug

auf minderjährige Täter soll weiterhin die Anfang 2007 in Kraft getretene Regelung des Jugendstrafgesetzes gelten.

Der Vorstand der Grünen Luzern ist dieser Argumentation gefolgt und empfiehlt die Initiative ebenfalls zur Ablehnung. Da das Thema viele Menschen emotional betrifft, ist es notwendig, die Initiative aktiv zu bekämpfen. Wie wir aus der Abstimmung zur Verwahrunginitiative wissen, können solche Initiativen trotz grossen sachlichen und rechtsstaatlichen Bedenken eine Mehrheit finden.



*Katharina Hubacher  
Co-Präsidentin Grüne Luzern  
Luzern*

**Volksinitiative «Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern»**

**Parole: NEIN**

**PARKETTARBEITEN  
MALERARBEITEN  
NATURFARBEN**

LUZERNERSTRASSE 33C  
6010 KRIENS  
TELEFON 079 650 79 42  
WWW.PATRICKSTEINER.CH

Initiative gegen neue Kampfflugzeuge

## Unsinnig, laut und klimaschädigend

Das Parlament hat im Dezember 2007 einem so genannten Projektierungskredit zur Vorbereitung des Kaufs neuer Kampfflugzeuge zugestimmt. Damit die Stimmberechtigten über die Beschaffung entscheiden können, braucht es eine Volksinitiative (gegen Rüstungsbeschaffungen sind in der Schweiz keine Referenden möglich). Die Initiative gegen neue Kampfflugzeuge verlangt ein befristetes Beschaffungsmoratorium. Wird die Initiative angenommen, kauft die Schweiz bis Ende 2019 keine neuen Kampffjets.

Mit dem Kauf neuer Kampfflugzeuge würde sich die Schweiz der globalen Aufrüstung anschliessen und der Waffenindustrie grosse Profite bescheren. Weltweit wurden im Jahr 2006 über 1200 Milliarden US-Dollar für militärische Zwecke ausgegeben, das sind rund 40 Prozent mehr als vor 10 Jahren. Nur 5 Prozent dieses Betrags wären laut der UNO nötig, um die Millenniumsziele (Halbierung der globalen Armut bis 2015) zu erreichen.

### Friedenspolitisch falsch

Statt sich der globalen Aufrüstung anzuschliessen, sollte die Schweiz einen grösseren Beitrag für den Frieden leisten und die wahren globalen Bedrohungen und Probleme wie Hunger und Armut oder die drohende Klimakatastrophe ernst nehmen. Auch wenn die Armee dies nicht offen zugibt: Mit dem Kauf neuer Kampffjets würde sich die Schweiz dem militärischen Offensivbündnis NATO annähern.

Die Beschaffungskosten für neue Kampffjets belaufen sich auf zwei bis drei Milliarden Franken. Dazu kommen die laufenden Kosten für Betrieb und Unterhalt sowie für die so genannten Kampfwertsteigerungen. Allein mit den jährlichen Ausgaben für die bestehende F/A-18 Flotte könnten Aids-Medikamente für mehrere hunderttausend Menschen in armen Ländern gekauft werden. Über die gesamte Betriebsdauer gesehen würden die Kampffjets mindestens sechs Milliarden Franken kosten.

### Laut und klimaschädigend

Kampfflugzeuge der neusten Generation sind extrem laut. Beim Start werden bis zu 125 Dezibel aus 100 Metern Entfernung gemessen. Zum Vergleich: Bei Rock-Konzerten sind nur 100 Dezibel erlaubt. Sollte die Schweiz tatsächlich neue Kampffjets kaufen, würde der Alpenraum in Zukunft noch stärker

mit militärischem Fluglärm belastet, denn die alten Tiger F-5 sind bedeutend leiser als die zur Auswahl stehenden neuen Kampffjets. Kampfflugzeuge sind auch Umweltsünder: Allein die Schweizer F/A-18-Flotte schädigt mit ihrem CO<sub>2</sub>-Austoss das Klima so stark wie die Stadt Zug.

Die zur Auswahl stehenden Flugzeugtypen sind der schwedische Saab-Gripen, der deutsch-französische Eurofighter von EADS und die französische Rafale (Dassault). Die Rüstungslobbyisten haben in Bern in unmittelbarer Nähe zum Bundeshaus Büros eröffnet und übertreffen sich mit millionenschweren Propagandakampagnen, die sich an PolitikerInnen und Medien richten. Sowohl Saab als auch EADS standen bei Kampffjet-Beschaffungen im Ausland unter Korruptionsverdacht.

Die Armee-Planer wollen uns einreden, dass die Sicherheit am Schweizer Himmel nur mit neuen Kampfflugzeugen gewährleistet werden könne. Die Anschläge auf die USA am 11. September 2001 haben gezeigt, dass auch die grösste und stärkste Luftwaffe der Welt einen Terroranschlag nicht verhindern kann. Zudem verfügt die Schweizer Luftwaffe bereits heute über viermal mehr Kampffjets pro Fläche als vergleichbare neutrale und bündnisfreie europäische

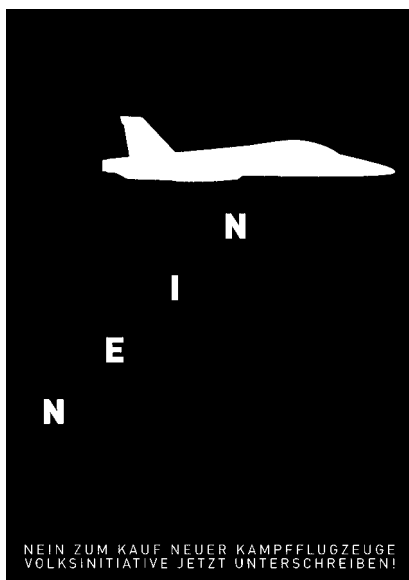
Staaten wie Finnland, Schweden und Österreich.

### Sammelaktionen in Luzern

In Luzern sind Standaktionen und mobile Einsätze geplant, um die nötigen Unterschriften zu sammeln. Interessierte melden sich bitte bei [luzern@gsoa.ch](mailto:luzern@gsoa.ch). Die Sammeldaten in anderen Städten sind unter [www.keine-kampfflugzeuge.ch](http://www.keine-kampfflugzeuge.ch) zu finden.



Steffi Wyss  
Mitglied städtischer Vorstand  
Luzern



für sie «gut zum druck»

g e g e n d r u c k \_ G m b H  
\_offsetdruckerei \_t 041 360 82 70

Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt

## Keine genügende Rechtsgrundlage

**Am 8. September 2008 hat der Kantonsrat beschlossen, dem Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen beizutreten. Sämtliche anwesenden grünen Kantonsrätinnen und Kantonsräte haben sich gegen den Beitritt ausgesprochen, weil die Vorlage nicht mit der Bundesverfassung vereinbar ist.**

Die United Supporters Luzern sind die grösste unabhängige Fan-Dachorganisation des FC Luzern. Sie haben ein Referendum gegen den Konkordatsbeitritt lanciert. Dabei kritisieren sie insbesondere, dass das Konkordat polizeilicher Willkür Tür und Tor öffnet, die Unschuldsvermutung krass und konsequent unterlaufen wird und Sportfans bereits auf Verdacht mit einschneidenden freiheitsbeschränkenden Massnahmen belegt werden können.

Wir Grünen Luzern unterstützen das Referendum. Das Konkordat sieht Massnahmen wie Rayonverbot, Meldeauflagen und Polizeigewahrsam für Personen mit gewalttätigem Verhalten vor. Die Verfassungsmässigkeit dieser Massnahmen ist umstritten. Für die Institutionalisierung eines Rayonverbots fehlt es den Kantonen an der notwendigen Gesetzgebungskompetenz. Das Rayonverbot ist eine Sanktionsform, die nur vom Bund erlassen werden kann.

Gemäss der Regelung im Konkordat muss kein gerichtlicher Beweis für das gewalttätige Verhalten mehr erbracht werden. Es genügt ein «Nachweis», der sogar von Stadionbetreibern und privaten Sicherheitsfirmen mittels eines Hausverbotes erbracht werden kann. Somit erhalten Private ein Definitionsmonopol, das nicht von einem Gericht überprüft werden kann.

### Vorstand einstimmig für Referendum

Das neue Gesetz fördert die Polizeiwillkür. Wie beim Wegweisungsartikel gibt es Rayonverbote, die mehr Probleme verursachen als lösen. Das ganze Gesetz steht auf einer ungenügenden Rechtsgrundlage, und statt gewalttätige Fussballfans konsequent mit strafrechtlichen Mitteln zur Verantwortung zu ziehen, werden mit dem Konkordat Massnahmen auf Gesetzesstufe verankert, deren Tauglichkeit höchst umstritten ist.

Der Vorstand empfiehlt, das Referendum zu unterschreiben. Wer keinen Unterschriftenbogen hat, besuche bitte unsere Website oder die des Referendumskomitees ([www.nein-zu-polizeiwilkkuer.ch](http://www.nein-zu-polizeiwilkkuer.ch)). Es eilt, die Sammelfrist läuft am 12. Nov. 2008 ab.

Weitere Informationen:

«Fans auf Schritt und Tritt überwachen» (Tages-

Anzeiger vom 15.9.08)

«Fanüberwachung: Auch Pilotprojekte brauchen eine Rechtsgrundlage» (Tages-

Anzeiger vom 16.9.08)

«Schön brav lächeln und winken» (WOZ vom 2.10.08)

[www.grundrechte.ch](http://www.grundrechte.ch)



Philipp Federer  
Grossstadtrat  
Luzern



# MV

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

**Elektrosmogmessung | Schlafplatzuntersuchung  
Feuchtigkeits- und Schimmelprobleme  
Mängel in der Wohnung**

Werden Sie Mitglied!

Wir unterstützen und beraten Sie zuhause - schnell und professionell!

Telefon 041 220 10 22 | [mvlu@bluewin.ch](mailto:mvlu@bluewin.ch) | [www.mieterverband.ch/luzern](http://www.mieterverband.ch/luzern)

**M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g**

Revision des kantonalen Richtplanes

## Im rawi nichts Neues

**Der kantonale Richtplan wird zurzeit unter der Federführung der Dienststelle Raumentwicklung und Wirtschaftsförderung (rawi) überarbeitet. Der vorgelegte Entwurf führt den bisherigen wachstumsorientierten Kurs ungeachtet aller damit einhergehenden Probleme weiter. Unerwünschte Entwicklungen wie Flächenverschleiss, Zersiedelung und Verkehrszunahme werden nicht korrigiert, und Nachhaltigkeit fliesst nur marginal ein.**

Der kantonale Richtplan ist ein wichtiges Instrument der Raumplanung. Die Raumplanung sollte dafür sorgen, dass die verschiedenen raumwirksamen Tätigkeiten (Wohnen, Arbeiten, Konsum, Freizeit, Versorgung und Entsorgung) aufeinander abgestimmt werden. Eine kluge Raumplanung kann erwünschte Entwicklungen begünstigen und Fehlentwicklungen bremsen oder stoppen. Die Revision des Richtplanes, die in der Regel alle zehn Jahre erfolgt, bietet dazu Hand. Die aktuell laufende Überarbeitung stellt für den Kanton Luzern also eine allzu seltene Chance dar. Leider ist damit zu rechnen, dass sie ungenutzt bleibt.

### Wachstum um jeden Preis

Der vorliegende Richtplanentwurf begünstigt einseitig quantitatives Wachstum auf Kosten der Umwelt und der Lebensqualität. Die längst fällige Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist kein Thema. Einfach greifbare, konkrete Indikatoren wie etwa Senkung der Emissionen, Senkung des Energieverbrauchs oder wirksame Begrenzung des Flächenverbrauchs werden nicht aufgenommen. Bereits im letzten Richtplan aus dem Jahre 1998 hätten klare Regelungen

den Flächenverbrauch begrenzen sollen. Effektiv nahmen die Bauzonen weiter ungebremst zu. Wir fordern deshalb unter anderem eine Plafonierung der eingezonten Flächen: Neueinzonungen sind flächengleich mit Auszonungen zu kompensieren. Einerseits stehen noch ausreichend Reserven zur Verfügung. Andererseits soll die Zersiedelung durch Verdichtung, also durch Siedlungsentwicklung nach innen, endlich wirksam gestoppt werden. Im Weiteren ist die Gesamtverkehrspolitik weder umwelt- noch zukunftsverträglich. Weder faktischer Klimawandel noch drohende Erdölknappheit führen zu einem Umdenken in Sachen Mobilität. Weil insgesamt die Ausrichtung auf die nachhaltige Entwicklung des Kantons fehlt, lehnen wir die grossen Züge des revidierten Richtplanes ab.

### Anhörung

Von Anfang Mai bis Ende August hatten Gemeinden, Regionen, Parteien, Verbände, Organisationen sowie amtliche Stellen Gelegenheit, zum Entwurf des revidierten Richtplanes Stellung zu nehmen. Insgesamt gingen 162 Stellungnahmen ein, darunter auch jene der Grünen Luzern.

Gemäss einer Medienmitteilung des rawi wird die strategische Ausrichtung des Kantons auf die Metropolregion Nordschweiz von einer klaren Mehrheit befürwortet. Ferner finden Wohnschwerpunkte an attraktiver Lage, eigentliche Reichenzonen, weitgehend Zustimmung wie auch die strategischen Arbeitsgebiete für international tätige Unternehmen. Letztere sollen ausschliesslich für die Ansiedlung von volkswirtschaftlich bedeutenden Grossbetrieben reserviert werden. Der Wettbewerb unter den Kantonen, der sich weiterhin durch Steuersenkungen manifestiert, greift nun auch noch auf die Raumplanung über.

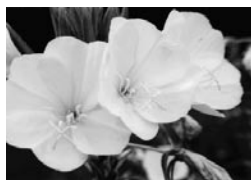
### Weiteres Vorgehen

Gestützt auf das Ergebnis der Anhörung wird der Entwurf überarbeitet. Aus grüner Sicht ist nicht zu erwarten, dass die überarbeitete Version wesentlich besser ausfallen wird. Im Frühjahr 2009 wird der Richtplan während 60 Tagen öffentlich aufliegen. Dadurch wird die Mitwirkung der Bevölkerung gewährleistet. Anschliessend muss der Richtplan vom Kantonsrat und schliesslich noch vom Bundesrat genehmigt werden.

Nehmen Sie sich Zeit für Ihre Gesundheit

## ZEN SHIATSU

unterstützt die aktive Gesundheitsförderung,  
hilft Stress und Burn-out vorzubeugen,  
eignet sich als Therapie  
bei körperlichen und psychischen  
Beschwerden



Brida Rüttimann  
Praxis für Zen Shiatsu  
Winkelriedstr. 30  
6003 Luzern  
Telefon 041 210 20 00  
Kassenanerkant



Alain Greter  
Kantonsrat  
Mitglied städtischer Vorstand  
Luzern

Kommentar zur HarmoS-Abstimmung

# 65 Prozent lehnen HarmoS ab

Entgegen den Empfehlungen von praktisch allen Parteien und Verbänden resultierte aus der HarmoS-Abstimmung vom 28. September 08 ein klares Nein. Nur gerade die Stadt Luzern und die Gemeinde Meggen votierten für ein Ja, für das sich auch unsere Partei engagiert hatte. Die Enttäuschung über die verpasste bildungs- und gesellschaftspolitische Chance ist gross. Gleichzeitig gilt es nach den Gründen für das Nein zu fragen.

Ich sehe ein Zusammenwirken verschiedener Faktoren, die zum letztlich nicht ganz unerwarteten, durchaus auch selbstkritisch zu betrachtenden Resultat geführt haben. Im Vordergrund stehen für mich folgende Interpretationen, die den Entscheid mitbeeinflussten:

- Das Eintrittsalter 4 und die damit einhergehende Vorstellung, eine ganze Generation von Kindern werde neu auf die Schulbank verpflanzt.
- Die Tagesstrukturen und das damit verbundene Eingeständnis, dass die traditionellen Familienstrukturen nicht mehr alle tragen.
- Die Bildungskosten und ihr Widerspruch zum Steuersenkungsdiskurs, in dem dieser Kanton seit 10 Jahren gefangen ist.

Die Kombination von (vorgeschobenen oder echten) Haltungs- und Wertefragen mit finanziellen Podestplatz-Phantasien führte zum tödlichen Mix: Vorlagen habe es schwer, nur weil sie der Steuersenkungslogik widersprechen (Ausnahme: Uni).

Wenn sie dann noch gesellschaftliche Öffnungen beinhalten, dann Gnade Gott.

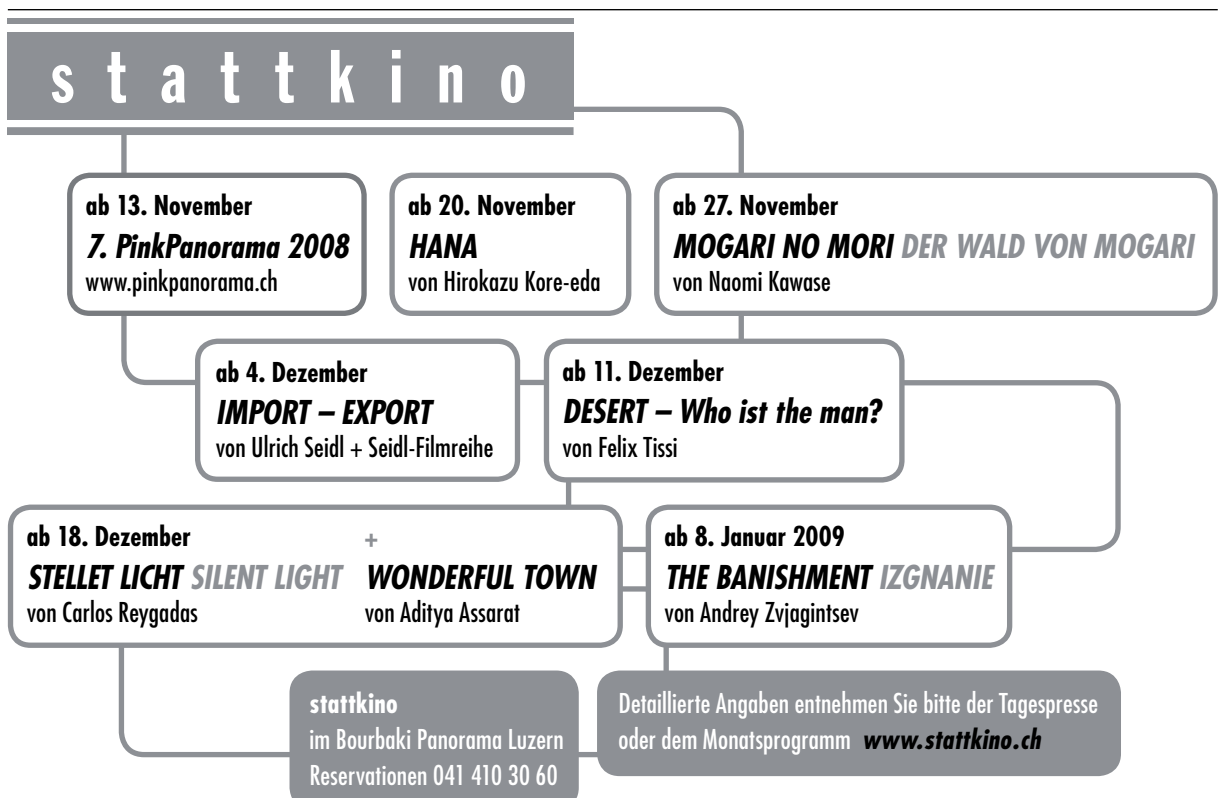
### Die Mängel

Dass die politisch Verantwortlichen des Konkordats die erste Abstimmung über HarmoS im Kanton Luzern wagten, muss im Nachhinein als Fehler bezeichnet werden – die warnenden Stimmen dazu hatte es im Vorfeld gegeben. Eine präzisere und längere Aufklärung der Bevölkerung über den genauen Inhalt des Konkordats und dessen Sinn fand spät und unter starkem Gegenwind statt und wurde durch die mediale Berichterstattung umgehend aufgehoben.

Die Überzeugungsarbeit der Parteien und Verbände erreichte die Stimmberechtigten nicht. Sie wäre wohl das wichtigste Mittel gewesen, um die Emotionalisierung des Themas durch die GegnerInnen erfolgreich zu kontern. Die ganze Schweiz schaute am Abend des 28. Septembers 08 nach Luzern – wer genauer hinschaute, bekam einen Einblick in die Befindlichkeit dieses Kantons: Wir haben wieder einmal eine Chance verpasst, den Dauerzustand «Sonderfall» zu verlassen.



Nino Froelicher  
Kantonsrat Grüne  
Kriens



## Änderung des kantonalen Polizeigesetzes

# Wegweisungsartikel

Am 8. Februar 2009 kommt die Änderung des kantonalen Polizeigesetzes, zusammen mit der Einführung einer neuen Bussenliste gegen Littering und gegen wildes Plakatieren, zur Abstimmung. Das Schnüren dieses Paketes wurde vom Bündnis «Luzern für alle – Wegweisung ist Willkür!» mehrfach kritisiert, wurde aber auch in der zweiten parlamentarischen Beratung, trotz breiter Unterstützung, nicht mehr auseinandergenommen. Nachdem das Bündnis parallel zum Referendum beim Bundesgericht Klage gegen diese Irreführung der Stimmberechtigten erhoben hat, wird nun die ursprüngliche Abstimmungsfrage «stimmen sie den Änderungen des Übertretungsstrafgesetzes zu?» höchstwahrscheinlich noch ergänzt werden mit der Erwähnung, dass es auch um den umstrittenen Ausgrenzungsartikel und nicht nur «um Abfall wegschaffen» geht. Die Grünen wie auch das Bündnis lehnen die ganze Vorlage ab. Wir konzentrieren uns aber in der Argumentation auf den unsäglichen Wegweisungsartikel.

### Scheinlösung

Die Befürworter des Wegweisungsartikels versprechen, mit diesem Gesetz würden unsere Strassen sauberer und sicherer, weil zukünftig mögliche Straftäter weggewiesen werden würden, bevor es zu einem Vergehen kommen kann. In Tat und Wahrheit ist die Wegweisung jedoch eine Scheinlösung, mit der «Anstössiges» einfach aus dem Sinn verdrängt und Ursachen weiter ignoriert werden.

### Stimmungsmache

Weit bedrohlicher als herumliegender Abfall, provozierende Jugendliche und Randgruppen sind die zunehmenden sozialen Unsicherheiten, die

Einschränkung bürgerlicher Grundrechte, der Abbau sozialer Errungenschaften und der verstärkte finanzielle Druck. Auf dem Buckel von Randgruppen wird mit dieser Vorlage Stimmung gemacht und abgelenkt von Problemen wie Arbeitslosigkeit und mangelnder sozialer Sicherheit, welche immer mehr Leute betreffen.

### Kriminalisierung des Verdachts

Wenn nach Gesetz nicht klar definiert ist, was stört und was provoziert, sind die Grundrechte ausgehebelt. Eine Folge ist die Verunsicherung aller, weil jede und jeder verdächtigt werden kann, im Unrecht zu sein. Unser Strafgesetz kennt bereits heute für alle Tatbestände wie Nachtruhestörung, Pöbelei, Trunkenheit, etc. entsprechende Sanktionen. Werden diese nicht umgesetzt, liegt das meist daran, dass die Täterschaft nicht ermittelt werden kann. Und daran ändert auch eine Wegweisungsnorm nichts.

### Hohe Kosten

In Bern wird dieser Artikel seit mehr als 10 Jahren angewandt. Jährlich verursacht er durch Verfahrenskosten aufgrund unrechtmässiger Anwendung, Gerichtsverfahren und in Haftstrafen umgewandelte Bussen Folgekosten in Millionenhöhe. Aus diesen Erfahrungen können wir lernen. Die unwürdige Vertreibungspolitik und die Kriminalisierung von Jugendlichen und Nichtkonformen müssen wir verhindern und dieses Geld einsparen für Sinnvolleres.



*Andreas Schönbächler*  
Mitglied städtischer Vorstand  
Luzern

### Diskussionsabend

#### Bahnhofozufahrt – wie weiter?

Seit Jahren ist die Zufahrt zum Bahnhof Luzern ein heisses Eisen. Allen Beteiligten ist klar, dass die heutigen Kapazitäten nicht mehr lange ausreichen werden und ein vermehrtes Umsteigen auf den Zug gar nicht erlauben.

Gemäss Agglomerationsprogramm setzt der Kanton zuerst auf einen Doppelspurausbau am Rotsee, denn die heute einspurige Strecke ist das grösste bestehende Nadelöhr. Gleichzeitig ist klar, dass die direkte Einfahrt zum Bahnhof mit nur zwei Geleisen zu knapp ist. Da stellt sich die Frage, ob ein Tiefbahnhof Luzern nicht die zukunftsträchtigere Idee wäre. Die Arbeitsgruppe Verkehr der städtischen Grünen plädiert für diese Lösung.

Überlagert wird die Variantendiskussion durch die Frage, aus welchen nationalen Töpfen für diese Projekt Geld bezogen werden könnte und wie viel Kanton, Stadt und Gemeinden bezahlen müssten.

Der kantonale Vorstand der Grünen Luzern lädt zu einem Diskussionsabend ein, um eine Ausleageordnung zu erhalten. Ernst Schmid, Gesamtverkehrskordinator des Kantons, wird den Stand der Dinge aus Sicht des Kantons darstellen, ein Mitglied der städtischen Grünen die Vorschläge der Arbeitsgruppe.

**Datum:** Mittwoch, 26. November 2008  
**Zeit:** 20.00 Uhr  
**Ort:** Restaurant Anker  
(Pilatus-Saal), Pilatusplatz, Luzern

Stadion und Wohntürme auf der Allmend

## Fraktionsmehrheit gegen Investorenmodell

**Die ganze städtische Fraktion der Grünen und Jungen Grünen ist überzeugt, dass der FCL ein neues Stadion braucht. Die Frage ist jedoch, ob das Projekt des Stadtrats der richtige Weg ist, um zu einem neuen Stadion zu kommen. Die grüne Fraktionsmehrheit lehnt das Investorenmodell und die Baurechtsverträge ab.**

Die Wohntürme sind das Produkt einer komplexen Finanzkonstruktion und entstanden nicht aus einer städtebaulichen Planung heraus. Der Bau der Wohntürme hätte einen Dominoeffekt und würde weitere Umverlagerungen auf der Allmend nach sich ziehen (Tennisplätze, Clubhaus, Schiess- und Bocciahalle).

### Das Investorenmodell und seine Folgen

Auf den ersten Blick wirkt das Investorenmodell überzeugend. Die Stadt nimmt 15 Mio. Franken in die Hand und erhält ein Stadion im Wert von über 60 Mio. Franken. Aus unserer Sicht macht aber der Investor mit den vorliegenden Baurechtsverträgen einen unverschämt guten Deal. Der fiktive Baurechtszins von 33 Mio. Franken wird auf 99 Jahre gerechnet. Die Stadt erstellt für 15 Mio. Franken eine Vorzone zum Stadion. Nicht sie, sondern der Investor darf die Gewinne aus der Parkplatzbewirtschaftung einstreichen. Durch das komplizierte PPP-Konstrukt (Public Private Partnership) verliert die Stadt Einflussmöglichkeiten auf der Allmend. Grosse Flächen auf der Allmend werden nun von Privaten verwaltet.

Man könnte meinen, dass ein PPP-Projekt die Stadt günstig kommt. Tatsache ist, dass die Stadt trotz Investorenmodell über 90 % der Gesamtaufwen-

dungen für die Sportinfrastruktur zahlen müsste (wir sprechen heute von 110 Mio. Franken).

### Ungleiche Behandlung der Sportclubs

«Everybody is equal – but some are more equal.» Bei der Beurteilung der verschiedenen Ersatzmassnahmen ist uns aufgefallen, dass die Sportclubs unterschiedlich behandelt werden. Diejenigen Clubs, die aus einer starken Position heraus in die Verhandlungen einsteigen konnten, haben deutlich gewonnen. Sie erhalten eine attraktive neue Anlage (Leichtathleten, FCL) oder eine neue Halle und zusätzliche Unterstützungsgelder (Schützen). Kleine Sportclubs wie der Schwimmclub müssen Eigenleistungen bringen und erhalten keine zusätzlichen Beiträge aus der Stadtkasse.

Alles in allem: Die Allmend droht zu einem Ort zu werden, der diesen Namen nicht mehr verdient. Deshalb sagt die Fraktionsmehrheit Nein zum vorliegenden Stadionprojekt.



*Christa Stocker*  
Grossstadträtin Grüne  
Luzern

### Sportarena Allmend Luzern, Realisierung des Siegerprojektes KOI

P.S.: Beschluss der Parole an der städtischen Mitgliederversammlung vom 27. 10. 08  
siehe [www.gruene-luzern.ch](http://www.gruene-luzern.ch)

### Pro-Argumente

## Die andere Sicht

**Die Pro-Argumente werden von zwei Fraktionsmitgliedern höher gewichtet als die Kontra-Argumente.**

Die Wohntürme sind eine sinnvollere Art der Querfinanzierung als Shopping-Centers. Wohnen auf der Allmend – why not? Mich dünkt, am Stadtrand entsteht eine neue urbane Allmend, die von den unterschiedlichsten Menschen genutzt und belebt wird. Zugegeben, diese Planung nimmt Abschied vom historisch gewachsenen Allmend-Gedanken («wenig Karges für alle»). Es scheint mir aber logisch, heute die Allmend-Idee anders zu definieren.

Aus der Sicht der Stadtentwicklung beurteile ich die vielfältige Allmendnutzung als innovativ. Luzern erhält neue Impulse. Auch das wirtschaftlich antizyklische Verhalten der Stadt Luzern finde ich wichtig. Trotz der sich abzeichnenden Rezession entstehen neue Arbeitsplätze. Wichtig ist es, diese Planung so ökologisch wie möglich anzugehen. Aufgrund dieser Überlegungen komme ich zum Schluss, die Pro-Argumente höher zu gewichten.



*Agatha Fausch*  
Grossstadträtin  
Luzern



Städtische Abstimmung vom 30. November 2008

## Luzern ins richtige Licht rücken

**Am 30. November stimmen die StadtluzernerInnen über den Plan Lumière ab. Der Plan Lumière ist ein ganzheitliches Beleuchtungskonzept für die Innenstadt. Licht wird professionell eingesetzt und leuchtet am richtigen Ort zur richtigen Zeit.**

Mit einer harmonischen, auf die Fassaden ausgerichteten Beleuchtung wird das räumliche Volumen der Gassen und Plätze akzentuiert und eine einladende Atmosphäre geschaffen. Gleichzeitig wird die Orientierung erleichtert und das Sicherheitsempfinden gefördert. In der Nacht sollen grundsätzlich die Gehwege beleuchtet werden; dadurch werden die Menschen in ihren Wohnungen weniger gestört, und es wird Rücksicht auf die Lichtempfindlichkeit der Tiere genommen. Dank der angepassten Beleuchtungsstärke und dem Einsatz von neuen Technologien können auch Energie und Kosten für den Unterhalt gespart werden.

Ziel des Plan Lumière ist es unter anderem, der Stadt Luzern in der Nacht ein einheitliches Erscheinungsbild zu geben. Dazu ist eine Koordination zwischen öffentlichem und privatem Licht

unabdingbar. Die gewünschte Wirkung kommt nur zustande, wenn Reklamen und Schaufensterbeleuchtungen nicht zu hell leuchten. Deshalb wird es für die Stadt ein Kunstlicht-Reglement geben.

### Weniger Lichtverschmutzung

Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen hat in der Sitzung des Grossstadtrates vom 15. Mai 2008 dem Plan Lumière zugestimmt, weil dadurch die Lichtverschmutzung reduziert, Energie gespart sowie die Sicherheit und Attraktivität erhöht werden. Deshalb machen wir uns im Pro-Komitee für das neue Beleuchtungskonzept stark.



*Monika Senn  
Grossstadträtin Grüne  
Luzern*

**Beleuchtungskonzept Plan Lumière**

**Parole: JA**

Bebauungsplan Feldbreite

## Dilemma für die Grünen Emmen

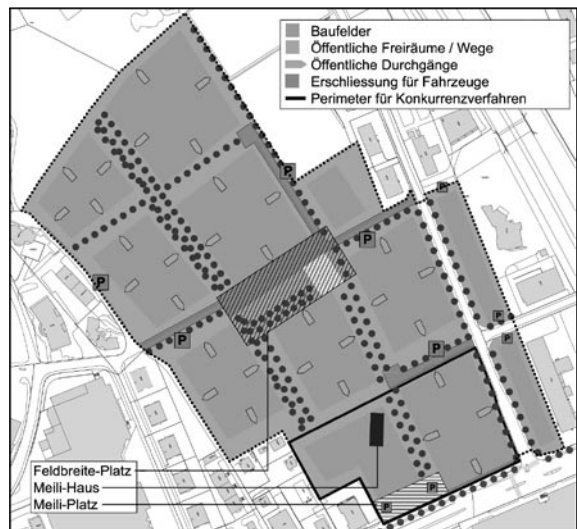
Entwicklungschance für Emmen oder Kapitulation des Umweltschutzes? Ist die Annahme des Bebauungsplans Feldbreite Verrat an grünen Grundprinzipien, weil ihm unabdingbare Punkte wie Minergie-P als Mindeststandard oder ein Mobilitätskonzept fehlen? Oder ist die Ablehnung ein Bumerang, weil der Preis der sauberen Ideologie die Realisierung eines Nachfolgeprojekts ist, das wahrscheinlich ökologisch und städtebaulich schlechter sein wird?



Die Feldbreite umfasst ein Gebiet von der Grösse des Bahnhofs Luzern. Auf der Hälfte dieses Gebiets ist im Moment ein Industriebetrieb angesiedelt, auf der anderen Hälfte steht eine Einfamilienhaus-(Arbeiter-)Siedlung, das «Schindlerdörfli». In Zusammenarbeit der Grundeigentümer und der Gemeinde Emmen wurde ein Bebauungsplan für das ganze Gebiet ausgearbeitet. Dieser Bebauungsplan verspricht eine städtebauliche Qualität, wie sie Emmen noch nicht kennt, und muss daher als Chance angesehen werden.

### Nicht mehr heutiger Standard

Trotzdem führen die Überbauungspläne in der Feldbreite zu schwierigen Abwägungsfragen. Das «Schindlerdörfli» bietet im Quartierensemble für Familien mit kleinen Einkommen zweifellos eine hohe Lebensqualität, die nicht mehr alltäglich ist. Allerdings entsprechen die Häuser betreffend Isolation und Wohnfläche nicht mehr dem heutigen Standard. Nicht vergessen werden darf, dass rund um den geschützten Kern heute schon gebaut werden könnte. Dies führt dazu, dass das Quartier so oder so nur relativ kurze Zeit integral erhalten werden kann. Wenn eine weitere Zersiedelung verhindert werden soll, braucht es im gut erschlossenen Zentrum Raum für eine qualitativ hoch stehende Wohnfläche. Nur durch verdichtetes Bauen in den Zentren können wir dem steigenden Wohnraumbedarf einigermassen umweltgerecht



begegnen. Der vorliegende Bebauungsplan wird diesem Anspruch gerecht.

### Weder Minergie-P noch Mobilitätskonzept

Aus grüner Sicht fehlen dem Bebauungsplan aber wesentliche Elemente: Pflicht zu umweltverträglichen Baumaterialien und Minergie-P oder einem mindestens gleichwertigen Ausbaustandard. Bei der Umsetzung des Bebauungsplans muss der Kapazität der Infrastruktur Rechnung getragen werden. Es braucht ein Mobilitätskonzept, das auch den ÖV einschliesst.

Das Emmer Parlament hat nur marginale «Kann»-Verbesserungen zugelassen. Auch die zunächst viel versprechenden Gespräche mit den Grundeigentümern sind gescheitert. Das stellt uns Grüne nun vor ein Dilemma. Wenn der Bebauungsplan abgelehnt wird, ist es unwahrscheinlich, dass ein Nachfolgeprojekt ökologisch und städtebaulich mit dem aktuellen Bebauungsplan mithalten kann. Die Unterstützung für einen auf mehr als zehn Jahre ausgelegten Bebauungsplan, der aus ökologischer Sicht nur wenig mehr als den vorgeschriebenen Mindeststandard einhält, bedeutet aber eine Kapitulation des Umweltschutzes vor der politischen und wirtschaftlichen Realität.

Mit 31:5 Stimmen votierte der Rat klar für den Bebauungsplan. Die grünen Ratsmitglieder gewichteten die eben dargelegten Argumente unterschiedlich. Monique Frey sprach sich gegen, Luzius Hafen und Andreas Kappeler für den Bebauungsplan aus.



Andreas Kappeler  
Einwohnerat Grüne  
Emmen

Rückblick auf das Kultur-Podium in Emmen

## Kulturelle Vielfalt fördern

Am 24. September wurde im Restaurant Adler in Emmen über Kultur diskutiert. Die Podiumsteilnehmer waren Daniel Huber (Kulturbeauftragter Kanton Luzern), Silvan Rüssli (Kulturförderung Kanton Bern), Hans Läubli (Geschäftsführer SuisseCulture) und Armin Meienberg (Präsident IG Kultur), moderiert wurde das Gespräch von Beat Mazenauer. Die Resultate der Diskussion wurden für diesen Artikel in Form von Fragen und Antworten zusammengefasst.

*Was ist eigentlich Kultur?*

Im weitesten Sinne ist Kultur grundsätzlich alles, was sich unter dem Einfluss des Menschen verändert. Der Begriff Kunst hat einen enger gefassten Sinn: KünstlerInnen kreieren etwas Neues, das für andere Menschen Bedeutung hat.

*Warum ist Kunstförderung eine Aufgabe des Staates?*

Die Gesellschaft braucht staatstragende Werte für ihren Zusammenhalt. Kunst liefert solche Werte, daher sollte sie auch vom Staat gefördert werden. Ausserdem soll auch Kunst gemacht werden können, nach der kein Massenbedürfnis besteht. Ohne staatliche Unterstützung könnte diese Art von Kunst nicht entstehen.

*Wie sehen die verschiedenen Formen der Kulturförderung aus?*

Die Förderung von Personen ist der sichtbarste Teil der Kulturförderung. Ebenso wichtig ist es aber, die Rahmenbedingungen der Kunstschaffenden zu verbessern und ihnen geeignete Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Eine dritte Aufgabe der Kulturförderung ist die Vermittlung von Kunst, z.B. mit Projekten an Schulen.

*Wie ist die Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden im Bereich Kulturförderung?*

Momentan ist die Kulturförderung in den meisten Kantonen vor allem Sache der Gemeinden. Der Kanton Luzern hat seit einem Jahr ein neues Kulturförderungsgesetz. Für grosse kantonsweite Institutionen zahlt der Kanton. Die Gemeinde wird so entlastet und kann sich der Förderung von kleineren Anlässen und lokalen KünstlerInnen widmen. Allerdings kann es vorkommen, dass sich einzelne Gemeinden aus der Verantwortung stellen und für die Kulturförderung sehr wenig Geld sprechen. Avantgarde-KünstlerInnen leben zudem mit dem Risiko, in einer Gemeinde abzublitzen.

*Wie sieht es mit der beruflichen Vorsorge von KünstlerInnen aus?*

Schlecht. Freischaffende KünstlerInnen (das sind die meisten in diesem Beruf) haben keine nennenswerten Sozialleistungen. Die AHV-Beiträge auf ihrem Einkommen müssen sie vollumfänglich selbst berappen. Da ihr Einkommen oft unregelmässig anfällt, ist es für sie schwierig, sich zusätzlich zu versichern.

Im Moment wird darüber diskutiert, die Werkbeiträge an KünstlerInnen um einen Beitrag an Sozialleistungen aufzustocken; die KünstlerInnen würden also nicht mehr als jetzt verdienen, hätten dafür aber eine bessere soziale Sicherheit. Für diesen Vorschlag sind bis jetzt nur die Grünen und die SP. Allerdings besteht die Gefahr, dass dann weniger Fördergelder verteilt werden, wenn die Gesamtsumme nicht aufgestockt wird.

Angestellte KünstlerInnen (Film, Theater usw.) sind seit kurzem besser gestellt als früher.

*Wäre eine Kulturverträglichkeitsprüfung analog zur UVP sinnvoll?*

Ja, aber zurzeit findet ein solcher Vorschlag keine politische Mehrheit.

*Wie viel Geld ist im Kanton Luzern für die Kulturförderung vorhanden?*

Der Kanton Luzern gibt pro Jahr total 30 Milliarden Franken aus, davon rund 19 Millionen für die Kulturförderung. Allerdings sind diese Zahlen wegen der Subsidiarität mit Vorsicht zu geniessen.



Elisabeth Germann  
Mitglied kantonalen Vorstand  
Luzern



### Oeko Hotel Gruebisbalm/Rigi

Autofrei, kinder und familien  
freundlich, für Ferien, Feste  
und Klein Seminare.

Familie Schaub, 6354 Vitznau  
Telefon: 041 397 16 81, [www.gruebisbalm.ch](http://www.gruebisbalm.ch)  
E Mail: [oeko\\_hotel\\_gruebisbalm\\_rigi@bluewin.ch](mailto:oeko_hotel_gruebisbalm_rigi@bluewin.ch)

**Ausschreibung****Der VCS Luzern sucht interessierte Leute in den Vorstand.**

Seit 1979 engagiert sich der VCS Verkehrs-Club der Schweiz für eine menschen- und umweltgerechte Mobilität. Wir nehmen an Vernehmlassungen teil, vertreten die Interessen der Mitglieder gegenüber Behörden und Anbietern des öffentlichen Verkehrs, setzen uns für sichere Schul-, Rad- und Freizeitwege ein, wollen weniger Lärm und bessere Luft. Auf unsere Intervention hin wurden zahlreiche Projekte optimiert.

Wir halten fünf bis sechs Vorstandssitzungen pro Jahr ab. Wir suchen Leute zum Mitdenken. Die laufend anfallenden Arbeiten werden von der Geschäftsführerin erledigt. Sie ist Ansprechperson für den VCS Luzern.

Wir können die Fahrkosten an die Sitzung entschädigen und allenfalls den Sitzungsort variieren.

**Interessiert?**

Telefon 041 420 34 44 oder [info@vcs-lu.ch](mailto:info@vcs-lu.ch).

**Ausschreibung****Grüne Luzern suchen Kassier/in**

Unser Kassier Philipp Federer tritt nach über neun Jahren von seinem Amt zurück. Deshalb suchen wir auf Anfang 2009 oder nach Vereinbarung

**eine Kassierin oder einen Kassier.**

Sie/Er überwacht die Finanzen der Grünen Luzern, zahlt Rechnungen, stellt die Liquidität sicher, sucht DarlehensgeberInnen, erstellt das Budget für die Wahlen usw. Das Amt bedeutet einen zeitlichen Aufwand von rund sechs Stunden pro Monat.

Wer sich mit Zahlen auskennt und an diesem Amt interessiert ist, melde sich bitte beim Sekretariat der Grünen Luzern (Tel. 041 360 79 66, [lu@gruene.ch](mailto:lu@gruene.ch)).

**90 Jahre Landesstreik:  
Alt und verstaubt oder  
wieder hochaktuell?**

Der Landesstreik und neuere Arbeitskämpfe in Luzern

Ein Blick zurück und ein Ausblick in die Zukunft mit:

**Joe Schelbert**  
(Auslandredaktor, Schweizer Radio DRS)

**Franziska Lustenberger**  
(Regionalsekretärin Comedia)

**Giorgio Pardini**  
(Präsident Luzerner Gewerkschaftsbund)

Moderation: **Urs Häner** (LABA)

**Dienstag 11. November 2008  
19.30 Uhr im Sentitreff Luzern**

LUZERNERNETZ ARBEIT UND BILDUNG FÜR ALLE  
Brünigstrasse 18, 6005 Luzern T/F 041 240 55 85

sentitreff handelsstrasse 21 6002 Luzern  
büro 041 360 96 79 fax 041 360 96 71  
info@sentitreff.ch

Die Idee  
von Ihnen

Das Holz  
aus der Region

Die Qualität  
vom Schreiner

Stefan Suhner  
Möbelschreinerei  
Rösslimattweg 8  
6005 Luzern  
Telefon 041 360 82 83  
[www.holzding.ch](http://www.holzding.ch)

Wechsel auf dem Sekretariat

## Adieu, Christian – willkommen, Judith

Christian Fischer, der seine Arbeit auf dem Sekretariat Mitte Juli aufgenommen hat, verlässt uns bereits wieder. Er hat kurz vor Ablauf der Probezeit gekündigt, weil es zu schwierig war, die Arbeit



auf dem Seki mit seiner Tätigkeit beim Hilfsverein für Psychischkranke zu vereinbaren. Wir bedauern seinen Entscheid sehr, haben wir Christian doch als interessierten und zuvorkommenden Sekretär erlebt.

Nun haben wir das grosse Glück, schon im November eine Nachfolgerin für Christian begrüßen zu dürfen. Judith Huber aus Emmenbrücke ist seit längerem Mitglied bei den Grünen Luzern und hat im April 2008 in ihrer Gemeinde für die Bürgerrechtskommission kandidiert. Sie wird Mitte November ihre Stelle auf dem Sekretariat antreten. Herzlich willkommen, Judith!



*Natalie Kamber  
Sekretärin Grüne Luzern  
Luzern*

### Bitte weitersagen!

Wir Grünen Luzern suchen eine neue Untermieterin, einen neuen Mieter per 1.12.2008 oder nach Vereinbarung

### **schöner Büro-/Praxisraum, ca. 23 m<sup>2</sup>**

an der Neustadtstrasse 34, Luzern, inkl. ADSL-Internet-Zugang, Fax-Mitbenützung und Nebenkosten, Fr. 460.-/Monat. Kontakt unter Telefon 041 360 79 66 (Mo-, Di- und Do-Vormittag).

### **Bio-Erzeugnisse vom Ueli-Hof: Von Natur aus besser.**



**Verkauf ab Hof: Freitag 14-19 h und Samstag 8-13 h.**

**Ueli & Hof**

Horw/St. Niklausen · Bio-Hof Mättwil · 041 342 05 45 · www.uelihof.ch

## archinatura

Büro für Architektur + Baubiologie

Überzeugende Architektur im Einklang mit der Natur

Naturnahe Neu- und Umbauten aller Art	Geniale Holz- und Leimbauten
Low-Tech-Bauten	Umfassende Bauplanung und Bauleitung
Orientierung an der Sonnenlaufbahn	Berücksichtigung der Mondphasen
Solare Warmwasseraufbereitung	Konstruktive Solarenergienutzung
Wintergärten mit Solarenergienutzung	Regenwassernutzungsanlage
Grundöfen mit Hypokaustenwänden	Atmungsaktive Baukonstruktion
Natürliche Baumaterialien	Innenausbau mit Holz und Lehm
Bauteilwiederverwendung	Naturfarben, Kalk- und Lehmputze
Dachbegrünung und Naturgärten	Harmonie in Form und Farbe
Äusserst behagliches Wohnklima	Offenes, traumhaftes Raumkonzept
Sparsamer Betrieb und Unterhalt	Minimaler Einsatz grauer Energie
Ungewöhnliche, innovative Ideen	Überzeugende Lösungen

Sie haben Fragen zu Ihren Neu- oder Umbauprojekten? Wir beraten Sie gerne!

Paul Nijman Dipl. Architekt + Baubiologe SIB 6207 Nottwil  
041 937 19 18 info@archinatura.ch www.archinatura.ch

Sport- und Familienfest 2008

## «Dieses Jahr bratwursteln wir selber»

**Im Fussballturnier kämpften Ende August elf Herren- und sechs Mixed-Teams um Punkte, Tore und den Finaleinzug. Die Mixed-Teams waren mit Engagement, Finesse und viel Spielwitz bei der Sache.**

Den Turniersieg landete das Team mit dem sinnigen Namen «Dieses Jahr bratwursteln wir selber» gegen jenes von «Wie emmer». Bei den Herren ging der Spielwitz in der Halbfinalrunde leider phasenweise verloren – so übermotiviert, ja gehässig macht die Teilnahme schlicht keinen Sinn. Das ansonsten kreative Turnier erholte sich im Final wieder. Die «Kicker der Kokosnuss» siegten vor «Dynamo Guggi».

Beim Volleyballturnier verteidigte \*olé\*, ehemals ohne Judith/Willi den Titel. «Elios» war dem Sieg bedrohlich nahe. Im Finalspiel holten sie prompt den ersten Satz, konnten aber danach nicht nachdoppeln, u. a. weil Francesca ihr Team aufpeitschte.

Wir danken unseren Sponsoren: Herrn Punzi vom La Perla, dem Restaurant Neustadt, Helvetia, Frau Moser vom Rebstock, dem Masala und natürlich Regula vom Storchen. Zusätzlich danken wir der Firma Gammarus für die zehn sparsamen Duschräumen (Infos unter [www.warumduschen.info/grueneluzern](http://www.warumduschen.info/grueneluzern)). Sie alle haben attraktive Preise für die SiegerInnen gesponsert.

Im Dank schliessen wir natürlich auch Schiedsrichter Louis Schelbert, Samariter Bruno Bienz, den Kuchenmann Hans-Urs und den Superkoch Urs

Wüest ein. Nur dank euch konnte das Fest einmal mehr erfolgreich durchgeführt werden.



Aus der Fundkiste: Das rosarote Trotti möchten wir gerne der Besitzerin zurückgeben. Vier nummerierte, weinrote Fussballhosen müssen doch von irgendwem vermisst werden. Weitere Fundgegenstände siehe Foto – wer etwas vermisst, melde sich bitte auf dem Sekretariat.



*Nino Froelicher  
Kantonsrat Grüne  
Kriens*



*Philipp Federer  
Grossstadtrat Grüne  
Luzern*

www.xundheit.ch

# Xundheit

versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

**Die mag mich!**

## Grüner Pfeffer

Für einmal geht der Grüne Pfeffer off-kanton. Im Nidwaldner Landrat wurde über eine erhöhte Motorfahrzeugsteuer für grosse Autos debattiert. **Es ging um die Off-Roader.** Dabei verteidigte ein SVP-Mann die Autos damit, dass viele Gewerbetreibende ein solches Auto brauchen. Mit den dicken Pneus, den starken Motoren und so. Wir LuzernerInnen fragen uns natürlich, welchem Gewerbe die HalterInnen dieser Wagen in der Stadt Luzern nachgehen ...

Und wenn wir gleich bei den Einfallenden aus dem ehemals von der Berghilfe begünstigten Kanton sind: Die fahren oft via Allmend – ja, ja, da wo unser Baudirektor mit seinen Kumpanen ein neues Stadion bauen will – in die Stadt Luzern. Dabei ist der **Schleichweg über Moosmattstrasse und Steghof ins boomende Tribtschenquartier** sehr beliebt. Schon vor Monaten wurde versprochen, dass auf Anfang Schuljahr 08/09 rund ums Moosmattschulhaus nur noch mit Tempo 30 gefahren werden dürfe. Doch wie es scheint, schafft Luzern nicht einmal das termingerecht. Da fragen sich doch einige Grüne: Wie wollen die Bauherren ein ganzes Stadion mit Hochhäusern termingerecht bauen, wenn sie für das Aufstellen von Tempo-30-Tafeln mehrere Monate brauchen?

PS. Bei Redaktionsschluss standen die Tafeln immer noch nicht.

Einmal mehr reichte die FDP eine Petition an sich selbst ein. Das ist Politik: Man sammle an einer kantonalen Delegiertenversammlung die Unterschriften der Anwesenden, kopple sie mit einem aktuellen Thema und reiche sie beim eigenen zuständigen Regierungsrat ein. Die Petitionäre für eine verantwortungsvolle Energiepolitik verbreiten ihre Sicht, was verantwortliche Energiepolitik nicht sein dürfe. «Mit der Wärme verpufft auch das Geld»

(höchst aufschlussreicher Hinweis!) **und sie seien für den Fortschritt** – fertig ist die Petition. Dies muss kopiert werden. Frau und Mann sammle an der nächsten Mitgliederversammlung eine Petition und reiche sie beim eigenen Exekutivmitglied ein. Zusätzlich werden ein paar Seitenhiebe an die anderen Parteien eingestreut (sie hätten das Thema verschlafen oder wirkungslose und falsche Mittel gefordert). Den eigenen Beitrag bezeichne man als wichtigen Beitrag. Danach ist man stolz, die Politik wesentlich belebt zu haben – voilà!

Mit ebenso tiefsinniger Verkehrspolitik geht es weiter: Markus Mächler (CVP), bürgerlicher Sprecher in Verkehrsfragen und Präsident der städtischen Verkehrskommission, bevorzugt unverbindliche Leitlinien anstelle eines griffigen kommunalen Verkehrsrichtplanes. Sein Argument: Leitlinien erlaubten eine gewisse **Narrenfreiheit**. Ob dem Parlament die Rolle als Hofnarr gefällt, wird die Zukunft zeigen, **eher wird es ohne Verkehrskonzept zum Narren gehalten**. Der Geldgeber Bund investiert ungern in eine Region, die gar nicht genau weiss, wohin sie will. Nicht einmal die SP unterstützte den Vorschlag der Grünen. Diese Haltung erstaunt, da sie sich gerne als aufgeschlossen und verkehrskompetent verkauft. Ob der angekündigte Wechsel des städtischen Tiefbauamtes vom FDP-Stadtrat zur SP-Stadträtin eine Rolle gespielt hat, ist vorstellbar. SP-Stadträtin Ursula Stämmer könnte sich mit einem kommunalen Verkehrsrichtplan profilieren. Die eigene Fraktion mutete ihr dies jedoch nicht zu.

Neues vom Ebisquare: Die Sonntagszeitung schrieb am 5.10.2008 über den «seriösen» französischen Investor L.S.G.I. Dieser ist bekannt für gescheiterte Projekte (z.B. in Villars-sur-Glâne). 2006 **wurde ihm deshalb die Baubewilligung entzogen**.

### Impressum

Herausgeber und Inserateverkauf: Grüne Luzern, Neustadtstrasse 34, Postfach 4035, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5, Telefon 041 360 79 66, www.gruene-luzern.ch, E-Mail: lu@gruene.ch; Redaktion: Christian Fischer, Natalie Kamber; Korrektorat: Nina Ceresa; Fotos: Jakob Ineichen, Linus Rieser; Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng, Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 360 28 10, E-Mail: thomas.kueng@rat.ch, www.kuenggrafik.ch; Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37, E-Mail: gegendruck@rat.ch  
Erscheinung: 5x im Jahr, Auflage 1400 Exemplare; Abonnement: Ein Jahr Fr. 30.–, Unterstützungsabo ein Jahr Fr. 60.–

## Agenda

### November

- Fr 07. 20.00 Junge Grüne, Sekretariat Grüne Luzern  
Di 11. 19.30 Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern  
Di 11. 19.30 Diskussion zum Landesstreik und neueren Arbeitskämpfen in der Region Luzern (Teilnehmende: Joe Schelbert, Aus-landredaktor Radio DRS, Franziska Lustenberger, Comedia, Giorgio Pardini, LGB), Sentitreff, Baselstrasse 21, 6003 Luzern  
Mo 24. 19.30 Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern  
Mi 26. 20.00 Diskussion Bahnhofszufahrt, Restaurant Anker (Pilatus-Saal)

### Dezember

- Mo 01. 19.30 Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern  
Fr 05. 20.00 Junge Grüne, Sekretariat Grüne Luzern  
Do 11. 19.00 DankBar, Pfarreizentrum Barfüesser, Luzern  
Mo 15. 19.30 Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern  
Di 23. 19.30 Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

## Parolen

### Abstimmungsparolen 30. November 2008

- Volksinitiative  
«Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz!» **NEIN**
- Volksinitiative  
«Für ein flexibles AHV-Alter» **JA**
- Änderung vom 20. März 2008 des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz) **JA**
- Volksinitiative  
«Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» **JA**
- Volksinitiative  
«Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern» **NEIN**
- Beleuchtungskonzept Plan Lumière **JA**
- Sportarena Allmend Luzern, Realisierung des Siegerprojektes KOI  
P.S.: Beschluss der Parole an der städtischen Mitgliederversammlung vom 27. 10. 2008, siehe [www.gruene-luzern.ch](http://www.gruene-luzern.ch)